

Arbeit und Demokratie

***Demokratie als Revolte* durch die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft**

1. Vorbemerkung

Dieser Kongress zielt, wenn ich das Programm richtig verstanden habe, auf einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Das kommt mir sehr entgegen, und dabei will ich gerne meinen Part spielen.

Ich werde mein Referat mit einem ganz kurzen Rückblick auf meine Erfahrungen mit dem Versuch beginnen, die Aufforderung *Wirtschaftsdemokratie neu zu denken* in den Gewerkschaften voranzubringen. Was Wirtschaftsdemokratie neu zu denken da aus unserer Sicht hieß, werde ich nur sehr knapp skizzieren. Es gibt dazu vielfältige Veröffentlichungen (Martens 2010, 2011, 2015 und 2018a). Um es gleich zu sagen: Wir sind im FNPA mit diesem Versuch in den letzten acht Jahren nicht sonderlich weit vorangekommen.

Nun hat die Sozialdemokratische Partei in der Schweiz - eine 18%-Partei (immerhin muss man aus hiesiger Sicht mittlerweile sagen) in einem eher konservativ regierten Land 2016 eine „*Wirtschaftsdemokratische Offensive*“ begonnen. Sie will so *Demokratie als sozialdemokratisches Hegemonieprojekt* voranbringen – nicht nur konzeptionell. In Zeiten, in denen ein seit mehr als vierzig Jahren anhaltendes neoliberales Rollback multiple Krisenentwicklungen – ökologisch, ökonomisch, sozial und politisch - befördert und wachsende Problemwolken vor uns auftürmt und in denen sozialdemokratische Parteien allenthalben selbst in die Krise geraten sind, ist das bemerkenswert.

Wir haben uns im FNPA durch die Schweizer Erfahrungen auf einem Workshop mit führenden Vertretern der SP Schweiz inspirieren lassen. Das ist auf unserer Homepage (www.fnpa.eu)¹ dokumentiert. Eine erste Schlussfolgerung ist, bei der Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft einen starken Akzent auf die Demokratiefrage zu legen und für eine Neubelebung unserer Debatte entsprechend breit anzusetzen. Das führt mich zu dem Titel *Arbeit und Demokratie* für mein Referat. Ich werde dazu zwölf Thesen vortragen. Schließen werde ich mit einigen Bemerkungen zu der derzeit erheblichen und beunruhigenden Spanne zwischen theoretischem Vorausdenken und allzu deutlich nachhinkendem Handeln.

2. Die FNPA-Debatte: Schwerpunktsetzung und Verlauf

Wir haben 2010 unsere Debatte zur Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft mit der Aufforderung begonnen, *Wirtschaftsdemokratie neu zu denken* (Scholz/Martens 2010) – unter dem Eindruck der Weltfinanz- und der drohenden neuen

¹ Siehe dazu auch Zwicky/Wermuth 2018 oder Martens 2019.

Weltwirtschaftskrise. Das Thema hat auf einer Jahrestagung und mehreren Workshops des FNPA einen herausgehobenen Stellenwert gehabt. Wir konnten uns ein wenig bei Vorbereitung und Durchführung des *Kurswechselkongresses der IG Metall* und später noch in die Arbeit einer *AG Wirtschaftsdemokratie* beim ver.di-Vorstand einbringen. Von mir gibt es weiterhin seit 2010 eine ganze Reihe von Buch- und Aufsatzveröffentlichungen unter dem Titel *Neue Wirtschaftsdemokratie*.

Unser Fazit lautet: die Bereitschaft, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken ist deutlich begrenzt. Die Gewerkschaften sehen sich in der Defensive. In Produktions- und Dienstleistungsbereichen sind sie im Zeichen weiter forcierter Vermarktlichung und fortschreitender Digitalisierung mit Restrukturierungsprozessen in Permanenz konfrontiert. Sie verteidigen pragmatisch bestehende Mitbestimmungsrechte. Dabei versuchen sie, nicht ohne Erfolge, durch eine Stärkung der Beteiligung der Beschäftigten selbst und entsprechende Unterstützung und Professionalisierung ihrer Betriebsräte so etwas wie eine erneuerte *Gestaltungspartnerschaft auf Augenhöhe* zu erreichen (Katenkamp u.a. 2018).

Wir denken aber inzwischen auch, dass unsere Debatten auch deshalb steckengeblieben sind, weil wir bei unserem Nachdenken über eine *Neue Wirtschaftsdemokratie* den Akzent zu sehr auf die Meso- und Makroebenen neuer denkbarer demokratischer Einflussnahmen auf die im neoliberalen Geist entfesselten Märkte gesetzt haben.

- Im Zeichen *neuer Arbeit* ging es uns also zwar um die Betonung von Demokratie. Aber eine *Neue Wirtschaftsdemokratie* impliziert selbstverständlich auch:
 - neue und andere regulierende Eingriffe in die Finanzwirtschaft,
 - eine politische Einbettung des Marktes in einer gemischten Wirtschaft
 - mithin die Einschränkung von Eigentumsrechten, oder in den Worten der SP Schweiz: eine andere Teilung von Entscheidungsrechten und nicht nur von Einkommen.

Und darauf haben wir dann schon einen sehr starken Akzent gelegt.

- Es geht dabei nicht, wie in der *alten Wirtschaftsdemokratie* von 1928 (Naphtali 1977/1928) um die Alternative von Markt und Plan, um einen Übergang zum Sozialismus, von dem man damals meinte, dass der organisierte Kapitalismus ihn geradezu schon vorzeichne, sowie darum durch so etwas wie Austauschelten eine Demokratisierung der Wirtschaft für die Arbeitenden herbeizuführen und so über die halbe Demokratie hinauszukommen.
- Auch kann man nicht einfach an die institutionalisierte Mitbestimmung anknüpfen, die in Gestalt der Montanmitbestimmung *die isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die*

Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit gewesen ist, wie Ulrich Borsdorf (1986) zutreffend formuliert hat.

- Vielmehr geht es um eine Stärkung von Mitentscheidungsrechten in Betrieb und Unternehmen und um *demokratisch legitimierte Eingriffe in den Markt*, also in einer gemischten Wirtschaft, gestützt auf eine Demokratisierung der Erwerbsarbeit – was eine Verkürzung der Arbeitszeit voraussetzt -, ohne dass die Eigentumsfrage direkt aufgeworfen wird.
- Angeknüpft werden soll an das *Gestaltungspotenzial der Arbeitsbürger*innen* in Betrieb und Unternehmen. Und Ziel ist immer deren *Selbstermächtigung* – in Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei war und ist unsere Erwartung, dass über eine demokratische Gestaltung nicht nur der Bedingungen, sondern auch der Ziele gesellschaftlicher Arbeit, nicht nur soziale, sondern auch ökologische Herausforderungen in einer veränderten Qualität angegangen werden können.
- Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft sind so ein Ansatz gegen die fortschreitende Vermarktlichung und *Postdemokratisierung* (Crouch 2008) von Wirtschaft und Gesellschaft – ein Konzept gegen die *Marktkonforme Demokratie* (Merkel 2011).
- Neue Wirtschaftsdemokratie ist damit ein Reformansatz im heutigen Kapitalismus – allerdings ein weitgehender, der Machtfragen aufwirft. Aber eine klare Vorstellung von einem Zielpunkt jenseits des Kapitalismus, gar von so etwas wie einem Endziel ist – anders als bei der alten Wirtschaftsdemokratie – mit diesem Ansatz nicht verknüpft.
- Programmatische und konkrete praktische Schritte zu einer so gedachten Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft könnten aber den Blick für eine weitergehende Transformation schärfen. Wohin sie führen kann, ist eine offene Frage, denn Zukunft ist immer offen.

Soviel zu unseren Debatten der Jahre 2010 bis 2017, die letztlich sehr stark auf die Demokratisierung der Wirtschaft und entsprechende Steuerungsproblematiken fokussiert war. Im Folgenden will ich nun in knappen Thesen darlegen, wie der Diskussion aus meiner Sicht neuer Schwung geben werden könnte. Ich denke, dass man sehr viel stärker an die Alltagserfahrungen der abhängig Beschäftigten anknüpfen und dabei auf die anwachsenden Gefahren einer Politik der *marktkonformen Demokratie* hinweisen muss. Es handelt sich um Thesen von mir, nicht um Thesen, die im FNPA schon breit diskutiert wären. Sie sind, das entspricht dem Ansatz des FNPA, stark auf die Gewerkschaften hin gedacht.

3. Arbeit und Demokratie – für eine solidarische Gesellschaft. Zwölf Thesen

(1) Wir leben in Zeiten einer fortgesetzten gewerkschaftlichen Defensive.

Wir leben in Zeiten einer fortgesetzten Defensive der Gewerkschaften. Unter dem Druck eines schon in den 1970er Jahren – also zu Zeiten noch vorhandener sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Gestaltungskraft - begonnenen neoliberalen Rollbacks gegen die wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien haben die Gewerkschaften, nicht nur in Deutschland, in wichtigen Bereichen ihre Kontrolle über die Arbeitsmärkte verloren. Nach einem kurzfristigen ‚Vereinigungsboom‘ in der Mitgliederentwicklung kam es über mehr als ein Jahrzehnt hinweg zu erheblichen Mitgliederverlusten. Zudem hat die Implosion des Realsozialismus das neoliberale Rollback weiter gestärkt. Zugleich haben Reste einer systemkritischen Perspektive den Gewerkschaften deutlich an Boden verloren.

Aber die Gewerkschaften haben neue Beteiligungsansätze entwickelt – zunächst als Antwort auf die Partizipationsmodelle, mit denen die Unternehmen in den 1990er Jahren auf die ‚japanische Herausforderung‘ geantwortet haben (Frerichs/Martens 1999), dann in einer Art *Flucht nach vorn* als Antwort auf stetige Mitgliederverluste (Lehndorff 2012). Diese gewerkschaftlichen Anstrengungen waren unter den Bedingungen relativer ökonomischer Stabilität durchaus erfolgreich. Aber angesichts permanenter Restrukturierungen unter dem stetig wachsenden Druck einer entfesselten Globalisierung im neoliberalen Geist konnten sie keine wirkliche Problemlösung sein. Gewerkschaften und Betriebsräte sind in der Defensive.

(2) Die Verheißungen Neuer Arbeit wurden unter dem Druck fortschreitender Vermarktlichung rasch als (selbst)Täuschungen erkennbar.

Allerdings, der Beginn des neuen Jahrhunderts stand noch ganz im Zeichen von Zukunftsverheißungen Neuer Arbeit. Zwar erlebten die Beschäftigten in Produktions- und Dienstleistungsbereichen unter dem Druck eines verschärften globalisierten Wettbewerbs eine Verdichtung der Arbeit – doch sie schienen bereit zu sein, sie zu akzeptieren. Die Entwicklung der New Economy würde auf die gesamte Wirtschaft ausstrahlen – und sie würde den Einzelnen nun auch in der Arbeitswelt mehr Freiheiten versprechen, hieß es damals (Deckstein/Felixberger 2000). Auf unternehmerisches Mitdenken und selbstständiges Handeln der abhängig Beschäftigten werde es zunehmend ankommen. Zugleich müssten sie sich aber als Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft stetig weiter fit machen für den Arbeitsmarkt. Dann kam das Ende des New Economy Hype (Martens 2005).

Statt zunächst einseitig optimistischer und nach dem Ende des Hype eher pessimistischer Szenarien betonten wir im FNPA die Ambivalenzen, damit aber auch die Chancen von Neuer Arbeit (Glawe u.a. 2006). Die Gewerkschaften begannen ihre Kampagne für *gute Arbeit*. Wir sahen darin – so steht es in unseren *Spandauer Thesen* - die Voraussetzung für sozialstaatlich abgesicherte Teilhabemöglichkeiten

und eine nachhaltige Entwicklung der Demokratie. Doch unter dem Druck der nach neoliberalen Vorstellungen weiter forcierten Globalisierung und angesichts von Standortverlagerungen nahmen Arbeitsplatzrisiken zu. Das führte zu Konflikten um Sozialtarifverträge. Ein für deutsche Verhältnisse durchaus bemerkenswerter gewerkschaftlicher Kampfzyklus entwickelte sich. Er hielt bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 an (Martens/Dechmann 2010). Die mit ihr einhergehende Drohung einer neuen Weltwirtschaftskrise war dann einschneidend. In der IG Metall begann eine Debatte um einen *Kurswechsel für Deutschland* (Huber 2010, IG Metall 2013). Die nur verhalten ansetzenden gewerkschaftlichen Debatten endeten jedoch bald, als sich zeigte, dass die deutsche Wirtschaft zu den Gewinnern der weiteren Globalisierung gehörte – und die Europäische Union wirkte weiterhin geradezu als ein Verstärker fortschreitender Vermarktlichung – und das war so auch politisch gewollt.

(3) Heute befinden wir uns in einer ernüchternden und geradezu beunruhigenden Lage.

Heute befinden wir uns in einer ernüchternden und geradezu beunruhigenden Lage. Wir sehen uns mit multiplen Krisenentwicklungen konfrontiert. Das gilt für alle zentralen Felder einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik, in Deutschland und in Europa. Es betrifft die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung. Wir erleben eine wachsende Verunsicherungen und Unzufriedenheit der Wirtschaftsbürger*innen angesichts einer Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie einer stetigen Vertiefung gesellschaftlicher Spaltungsprozesse. Die Folge ist auch eine Krise unserer repräsentativen Demokratie – zuerst in anderen Ländern der EU, inzwischen auch hierzulande. In den wissenschaftlichen Debatten ist von Prozessen einer Refeudalisierung die Rede (Neckel 2013, Zinn 2015, Martens 2016).

Diese Entwicklung kann unseren Gewerkschaften alles andere als egal sein. Sie muss sie beunruhigen, denn die Demokratie ist ihr Lebenselixier. Alle genannten Krisenentwicklungen fordern zur Suche nach neuen Antworten heraus. Aber noch orientieren sich Viele – vornehmlich an alten, als in der Vergangenheit bewährt erachteten Handlungsmustern oder institutionellen Strategien. Auch in unseren Gewerkschaften ist das derzeit noch so. Noch immer scheint es so zu sein, dass die entfesselten Märkte als Mantra der Politik öffentlich nirgends in unserer Gesellschaft ernstlich, also auch praktisch infrage gestellt werden. Entsprechende Vorstellungen bestimmen die Politik hierzulande ebenso wie in der EU.

(4) Die erfolgreiche gewerkschaftliche Kampagne für *gute Arbeit* macht die Spanne zwischen selbstverständlich erachteten Ansprüchen und sozialer Wirklichkeit sichtbar.

Die Forderung nach *guter Arbeit* als einem selbstverständlichen Anspruch aller, ist in dieser Lage bei uns in Deutschland gleichwohl ein relativ erfolgreiches

gewerkschaftliches Projekt geworden.² Die Artikulation und der Kampf um die Durchsetzung dieses Anspruchs in Produktions- und Dienstleistungsbereichen machen aber auch auf wachsende Probleme aufmerksam. Infolge der permanenten personalsparenden Restrukturierungen in der privaten Wirtschaft erleben die Arbeitsbürger*innen eine Verdichtung ihrer Arbeit, die Zunahme von Leiharbeit und allgemein prekären Arbeitsverhältnissen. Der Druck auf die Arbeitsbedingungen begegnet uns gleichermaßen in Gestalt leerer öffentlicher Kassen im öffentlichen Dienst. Befristete Beschäftigungsverhältnisse prägen das Bild an unseren Universitäten, unter dem Lehrermangel leidet der Unterricht für unsere Kinder, und im Gesundheitswesen, das heute Gesundheitswirtschaft heißt, fehlt es an Pflegekräften. Allenthalben wird es für die Beschäftigten schwieriger gute öffentliche Dienstleistungen anzubieten.

Unsere Gewerkschaften, machen deutlich, dass *gute Arbeit* dafür eine unabdingbare Voraussetzung ist. Die gewerkschaftliche Kampagne stößt auf breite Zustimmung – bei den befragten Beschäftigten, sei es in der Privatwirtschaft, sei es im öffentlichen Dienst, wie auch in der öffentlichen Debatte. Aber die Durchsetzung von guter Arbeit ist dann immer noch und immer wieder eine ganz andere Herausforderung. Zwischen dem, was viele im öffentlichen Diskurs für unstrittig berechnete Forderungen halten und dem, was den Arbeitsalltag der Menschen prägt, wird eine beachtliche Spanne sichtbar. Für die Gewerkschaften, die sie mit ihrer erfolgreichen Kampagne sichtbar machen und zu schließen versuchen, bedeutet das eine Herausforderung. Kaum jemand widerspricht im öffentlichen Diskurs der Forderung nach sozialstaatlich abgesicherten Teilhabemöglichkeiten durch *gute Arbeit* – ebenso wie nahezu alle die Verteidigung unserer repräsentativen Demokratie fordern.

Sehr wenige allerdings denken über Möglichkeiten einer nachhaltigen Weiterentwicklung von Demokratie nach – sei es im öffentlichen Raum, sei es in den Sphären von Arbeit und Wirtschaft. Solidarität wird immer wieder beschworen. Doch im Spiel des Lebens werden wir immer selbstverständlicher als egoistische einzelne Marktteilnehmer gedacht. Und eine zunehmend digitalisierte Wirtschaft wird in einer Logik entwickelt, die darauf zielt, uns zunehmend genau dazu zu machen.

(5) Die Alltagsrationalität der Effizienz überwuchert die der Kooperation der Arbeitenden und zerstört so die Perspektiven auf eine solidarische Gesellschaft.

Dass und wie wir in unserem Alltag zu egoistischen Marktteilnehmer*innen gemacht werden, ist unübersehbar. Und so gibt es in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft einen im Arbeitsalltag der Menschen zunehmend deutlicher spürbaren Widerstreit zwischen zwei Rationalitäten, nämlich zwischen der Rationalität der Effizienzsteigerung auf entfesselten Märkten und der der Kooperation der Arbeitenden in Auseinandersetzung mit den stetig forcierten

² Siehe hierzu das von Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban seit 2009 im Bundverlag herausgegebene Jahrbuch *Gute Arbeit*

Restrukturierungsprozessen (Georg/Peter 2016). Und die werden unter Effizienzgesichtspunkten vorangetrieben und werden sich unter dem Druck entfesselter Märkte weiter fortsetzen. Wir sollen alle unternehmerisch mitdenken und erfolgreiche Unternehmer unserer eigenen Arbeitskraft sein, uns also am Markt behaupten – und dann möglichst vorteilhaft kaufen und konsumieren, was wir so produziert haben. Der Luxuskonsum der ganz Reichen leuchtet dann von weitem. Das Elend derer, die schon abgehängt sind, bleibt hingegen besser im Dunkeln.

Doch als Alltagsrationalitäten prägen beide - das Ziel der Effizienz und das Bedürfnis nach Kooperation und Zusammenarbeit - das Denken und Handeln der Menschen. Sie sind für sie sinnstiftend. Das aber heißt: Wenn Kooperation und Zusammenarbeit geschwächt werden – und die halten unsere Gesellschaft zusammen, wie Richard Sennett (20014) gezeigt hat -, sind auch für die sogenannten Leistungsträger in der Mitte neue Pathologien der Arbeit die Folge. Psychosoziale Erkrankungen haben geradezu sprunghaft zugenommen. Das in Wirtschaft und Politik propagierte Leitbild der unternehmerisch mitdenkenden Einzelnen, die sich zugleich erfolgreich am Markt behaupten können, droht die für jede Gesellschaft unverzichtbare Befähigung zu Solidarität und Zusammenarbeit zu überwuchern. Wir entfernen uns so vom Ziel einer solidarischen Gesellschaft (Martens 2018b).

(6) Gewerkschaftliche Beteiligungskonzepte, entstanden als eine Art *Flucht nach vorn*, erweisen sich in dieser Lage als zwingend geboten.

Gewerkschaftliche Beteiligungskonzepte erweisen sich in dieser Lage als zwingend geboten. Nur über sie können die Beschäftigten und ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen ihre Fähigkeit zur gestaltenden Einflussnahme auf die Entwicklung der Arbeitsbedingungen behaupten, beziehungsweise wieder zurückgewinnen. Und dort, wo dies gelingt, oft genug gegen hartnäckigen Widerstand, da zeigt sich zugleich, dass so am Ende auch das Management der Unternehmen zusätzliche Spielräume zur Weiterentwicklung jener differenzierten Qualitätsproduktion gewinnt, die im verschärften globalisierten Wettbewerb unverzichtbar ist (Katenkamp u.a. 2018).

Das verschafft den Arbeitenden immerhin Luft zum atmen - bis die nächste Restrukturierungsmaßnahme kommt. Man möchte hier gerne von Win-Win-Situationen sprechen. Doch immer wieder erweist sich: Die Rationalität der Effizienz gewinnt bei im neoliberalen Geist weiter entfesselten Märkten die ungleich größere Durchschlagskraft. Dagegen Gute Arbeit auf Grundlage einer Kooperation und Zusammenarbeit zu behaupten, die wir am Arbeitsplatz maßgeblich selbst gestalten können, wird zu einer Sisyphosaufgabe. Doch genau der stellen sich die Beschäftigten, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften im Arbeitsalltag immer wieder. Im Sinne der Mitbestimmung, die die industriellen Beziehungen in Deutschland mit den durch sie institutionell befestigten Orientierungen in hohem Maße prägt, kann man auch sagen: Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften ringen im Wege der Nutzung der Potenziale einer aktiven Beteiligung der Beschäftigten darum, eine

Gestaltungspartnerschaft auf Augenhöhe zu herbeizuführen (Katenkamp u.a. 2018), die nach vierzig Jahren neoliberalen Rollbacks ein gutes Stück weit ausgehöhlt worden ist.

(7) Aber die Fundamente der alten institutionellen Strategien bröckeln. Wir müssen als Intellektuelle die Gewerkschaften dazu anregen, von der Politik neue Lösungswege zu fordern, dafür zu mobilisieren und darüber auch selbst nachzudenken.

Die Fundamente, die unsere in der Vergangenheit nach Auffassung vieler so bewährten Muster industrieller Beziehungen getragen haben, bröckelten schon in den Jahren vor der Weltfinanzkrise (Dörre 2002) – und sie sind auch heute alles andere als wirklich stabil. Gewiss, die deutsche Wirtschaft ist der Hauptgewinner der EU – doch die bekommt, wie jeder sehen kann, immer deutlichere Risse. Die deutsche Wirtschaft ist nach China ‚Exportweltmeister‘, doch ein neuer Protektionismus im Zeichen des *America first* gefährdet diese Position. Das ‚Weiter-so‘ der deutschen Politik ist in Europa nur zu Lasten unserer europäischen Nachbarn möglich. Unausgesprochen ist hier so etwas wie ein ‚Germany first‘ innerhalb der EU wirksam. Die deutlich reserviert-ablehnenden Reaktionen der Bundesregierung gegenüber den Vorschlägen von Emmanuel Macron, die sich immer noch im Horizont neoliberaler Problemdeutungen bewegen, belegen dies in aller Klarheit. Die deutsche Politik denkt zuerst im Interesse der deutschen Wirtschaft. Daran hängen aus ihrer Sicht die Interessen der Wirtschaftsbürger*innen. Folgerichtig werden die Interessen der Menschen stets nur nachgeordnet behandelt. Und das gemeinsame Haus Europa wird von einer Politik, die diesen Maximen folgt, zunehmend nur noch beschworen. Doch genau das gefährdet die EU.

Die Gewerkschaften fordern bislang vergeblich, Europa neu zu denken (DGB 2012, Buntenbach u.a. 2014). Hinzu kommt: die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft schienen einmal an der Spitze eines ökologischen Umbaus zu stehen. Heute treten sie in Europa gemeinsam, auf die Bremse. Das gilt in der Energiewirtschaft. Das gilt für Leitbranchen der deutschen Wirtschaft, wie etwa die Automobilindustrie. Der Dieselskandal wirft darauf ein grelles Licht: Die Politik scheut vor den gebotenen harten Reaktionen auf ein betrügerisches Management zurück. Die Angst um Arbeitsplätze wird geschürt. Der Schutz von Gesundheit und Leben angesichts gefährlicher Stickoxyde muss vor den Gerichten erstritten werden. Tragfähige Ausstiegsszenarien sind ein Gebot der Stunde. Der Kurswechsel für Deutschland, von der IG Metall 2011 auf einer großen Tagung gefordert, gehört wieder auf die Tagesordnung. Von Politik und Wirtschaft müssen die Gewerkschaften hier neue Antworten fordern.

Die Art und Weise wie Schweizer Sozialdemokraten, und ebenso Gewerkschafter, mit ihrer Leitbranche, der Pharmaindustrie umgehen, wäre da beispielhaft. Ihre Kritik an einer geradezu mafiösen Preispolitik der Branchenführer fand sogar im Wirtschaftsteil der SZ (23. 05. 2018) eine positive Würdigung. Wenn überzeugende

Lösungsvorschläge seitens der Politik und der Wirtschaft hierzulande weiterhin ausbleiben, werden unsere Gewerkschaften nicht umhinkommen, selbst neue Lösungswege vorzuschlagen und politischen Druck zu erzeugen.

(8) Angesichts der drohenden, neuerlichen digitalen Machtverschiebung gilt es, die Chancen der neuerlich angekündigten Rationalisierungssprünge für Arbeit und Demokratie sichtbar zu machen und zu ergreifen.

All dies sind nun aber Herausforderungen, mit denen unsere Gewerkschaften in deutlich defensiver Lage konfrontiert sind. Und schlimmer noch, es kommen neue Herausforderungen hinzu: im Zeichen einer drohenden dramatischen digitalen Machtverschiebung – nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in den Betrieben und Unternehmen – nehmen arbeitspolitischen Herausforderungen weiter zu. Sicherlich gibt es hier auch Chancen. Doch die Entsicherung abhängiger Arbeit wird sich eher verschärft fortsetzen. Das Potenzial Arbeitskraftsparender Rationalisierung wird von einschlägigen Experten als außerordentlich groß eingeschätzt. Die gehandelten hohen Prozentzahlen sind sicherlich nur Schätzungen, und sie mögen überzogen sein. Aber es gibt Hinweise auf hohe Rationalisierungspotenziale und auch darauf, dass die zukünftig genutzt werden. Auch die örtliche und zeitliche Fragmentierung der Arbeitsplätze wird weiter voranschreiten. Digitale Fließbandarbeit statt zunehmend selbstbestimmter Arbeit droht die soziale Wirklichkeit zu prägen. Die Digitalisierung erzeugt immer bessere Möglichkeiten einer Überwachung der Arbeitenden. Vom Heraufziehen eines digitalen Despotismus ist bei Arbeitssoziolog*innen die Rede.

Unter dem Label von „Industrie 4.0“ und „Arbeit 4.0“ (, Apt. u.a. 2016, BMAS 2016) soll nun von Wirtschaft und Politik an einer marktgerechten und zugleich sozialverträglichen Bewältigung der absehbaren massiven arbeitskraftsparenden Rationalisierungsschübe gearbeitet werden. Und wieder wird uns von Wortführern des neoliberalen Gesellschaftsprojekts versprochen, dass mit weiteren Schüben der Digitalisierung die demokratische Fabrik gewissermaßen geradezu von selbst Einzug halten werde (Sattelberger 2016). Für viele, die da mitdiskutieren, spielen die Gewerkschaften nur noch eine zunehmend marginale Rolle. Ihr Versprechen lautet: der Markt und der technische Fortschritt werden es schon richten. Wir erinnern uns: all das wurde uns um die Jahrhundertwende herum, also zu Zeiten des New Economy Hype, schon einmal versprochen - und es ist so keineswegs eingetreten.

Für die Gewerkschaften wird da alles darauf ankommen, individuelle aktive Beteiligungsrechte der Einzelnen und erweiterte und verbrieft kollektive demokratischer Mitbestimmungsrechte miteinander zu verschränken. Die innere Logik des kommenden Digitalisierungsschubs unter den Bedingungen einer fortschreitenden Globalisierung im neoliberalen Geist beeinträchtigt nochmals unsere Fähigkeit zu Solidarität und Zusammenarbeit. Doch die ist es, die letztlich unsere Gesellschaft zusammenhält. Gegen eine drohende neuerliche digitale

Machtverschiebung den Weg zu Arbeit und Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft zu finden und zu ebnen, das ist die Herausforderung der Zeit.

(9) Arbeit und Demokratie, das heißt die Entscheidungsfrage nach dem Wie, Wo und Was gesellschaftlicher Arbeit zu stellen, um den Weg zu einer solidarischen Gesellschaft zu finden.

Die Sicherung oder überhaupt erst Durchsetzung guter Arbeit erfordert dringlich die Stärkung demokratischer Rechte in Form von individueller Beteiligung auf Grundlage kollektiver Rechte vom Arbeitsplatz bis hin zu Unternehmensentscheidungen. Dabei geht es nicht nur um das Wie und Wo der Produktions- und Dienstleistungsarbeiten, also um die Berücksichtigung der sogenannten Stakeholderinteressen. Beispiele dafür waren die Konflikte um die Erhaltung von Produktionsstandorten, die vor allem im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 eine große Rolle spielten. Auch der wachsende Widerstand gegen die als Allheilmittel verkaufte Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist hier zu nennen. Es geht auch darum, ob die Monopolmacht bestimmter Unternehmen gesellschaftlich geduldet wird. Am Beispiel der deutschen Automobilindustrie wurde das in These (7) bereits angesprochen. Die scharfe Kritik Schweizer Gewerkschafter und Sozialdemokraten an der Preispolitik der Pharmaindustrie dort, aber eben auch weltweit, wäre ein Beispiel dafür, wie Arbeit und Demokratie zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen gemacht werden können.

Relativ aktuelle empirische Untersuchungen kommen zwar, wie Wolfgang Menz und Sarah Nies (2018) zeigen, zu dem Ergebnis, dass eine weiterreichende Demokratisierung der Wirtschaft nicht als reale Option im Erwartungshorizont der Beschäftigten auftaucht und derartige Wünsche oder gar Ansprüche nicht formuliert werden. Das ist aber keineswegs überraschend, werden entsprechende Vorstellungen doch weder im gewerkschaftlichen noch im parteipolitischen Raum auch nur ansatzweise formuliert.

Es wird aber letztlich auch darum gehen müssen, was eigentlich produziert werden soll. An den zunehmenden Konflikten um ökologische Folgeprobleme einer durch private Verwertungsinteressen gesteuerten Ökonomie wird das immer deutlicher sichtbar. Der Dieselskandal in der Automobilindustrie, die Forderung nach neuen Mobilitätskonzepten als einer gesellschaftlichen Herausforderung, die Kritik an der Rüstungsindustrie in Zeiten wachsender geopolitischer Konflikte, die Forderung nach Ausstiegskonzepten aus der fossilen Energiewirtschaft, all das sind Beispiele, die sich da aufdrängen.

Und denkt man länger über sie nach, dann beschleichen einen Zweifel ob Lösungsvorschläge, die allein nach den Kriterien einzelwirtschaftlicher Markttrationalität entwickelt werden, uns wirklich weiterhelfen können. Die Hoffnung, dass der Markt allein es zu guter Letzt im besten richten wird, erscheint als nicht

mehr als eine gläubige Zuversicht. Aber passt die in unsere vermeintlich so aufgeklärte Wirklichkeit?

(10) Die Wahrnehmung demokratischer Rechte erfordert Zeit. Und wir arbeiten, um in Freiheit zu leben. Die Verkürzung der Arbeitszeit gehört auf die Tagesordnung.

Die Wahrnehmung demokratischer Rechte erfordert freilich nicht nur einen kritischen Blick auf eine geradezu fundamentalistische Marktgläubigkeit, die statt Lösungen Probleme erzeugt. Sie erfordert auch Zeit. Schon die am Arbeitsplatz beginnende, rechtlich oder tarifvertraglich gesicherte aktive Beteiligung an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen hat eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Voraussetzung. Für die Wahrnehmung weitergehender demokratischer Beteiligungsansprüche gilt das erst recht. Und dafür gibt es praktikable Modelle wie Zukunftswerkstätten oder Planungszellen. Sie sind in den 1970er Jahren, im sozialdemokratischen Jahrzehnt der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, entwickelt und dann bald vergessen worden. Wer es also mit Arbeit und Demokratie in einer solidarischen Gesellschaft ernst meint, der wird nicht umhinkommen, denkbare Schritte zu einer Stärkung aktiver demokratischer Beteiligungsrechte immer auch im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Verkürzung von Arbeitszeit zu denken. Im Kern geht es dann aber immer um eine politische Machtfrage.

Es geht um nicht weniger als darum, *die verschiedenen Geschwindigkeiten - die der Ökonomie und die der demokratischen Entscheidungsprozeduren – aufeinander abzustimmen, was darauf hinauslaufen müsste, die Ökonomie unter die Eigenzeit demokratischer Entscheidungen zu zwingen und nicht umgekehrt*. Ein eher liberal-konservativer Philosoph, Rüdiger Safranski (2015), hat das so formuliert und dann weiter festgestellt, es sei *leider zu bemerken, dass die politische Klasse das noch nicht so recht begriffen hat*. Dies aber dürfte bei einer so grundlegenden Forderung wie der, die er hier aufwirft, ganz unumgänglich sein. Es geht also darum, dass wir die *Ökonomie unter die Eigenzeit demokratischer Entscheidungen zwingen*. Oder in anderen Worten: *statt einer ‚Marktkonformen Demokratie‘, wie sie unsere Bundeskanzlerin seinerzeit gefordert hat, brauchen wir eine neuerliche demokratiekonforme Einhegung des Marktes*. Wenn wir in die immer noch zunehmend von entfesselten Märkten geprägten Prozessstrukturen, genauer wohl Steuerungsmechanismen, eingreifen wollen, die unseren Alltag immer mehr bestimmen, erfordert das Zeit.

Und schließlich geht es nicht nur um Ressourcen sondern auch um Verfahren, die solches Eingreifen durch unser Zusammenhandeln nicht nur in zeitlicher, sondern auch in sachlicher und personeller Hinsicht ermöglichen. Es gäbe sie, wie Stuttgart 21 gezeigt hat. Da allerdings wurden sie erst genutzt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen war. Aber die Entwicklung solcher Verfahren ist eher Zukunftsmusik. Die Frage nach der Verfügung über Zeit offensiv aufzuwerfen, wäre hingegen ein erster, dringlicher Schritt.

(11) Wer Arbeit und Demokratie will, muss die Frage nach einer anderen Verteilung unserer gesellschaftlichen Reichtumsproduktion sehr grundsätzlich aufwerfen – zumal angesichts des absehbaren Produktivitätssprunge infolge von *Industrie 4.0*.

Ein solcher erster Schritt wiederum wirft weitgehende Fragen auf: Wenn wir seit der Mitte der 1970er Jahre eine Produktivitätssteigerung der gesellschaftlichen Arbeit um mehr als 100 Prozent zu verzeichnen haben, wenn allein im letzten Jahr der Reichtum der gut 2000 Milliardäre auf diesem Planeten um 19 Prozent zugenommen hat, und sich zugleich Deutschland, wie auch in anderen Staaten unserer westlichen Zivilisation, gesellschaftliche Spaltungsprozesse weiter vertieft haben, weshalb sorgt die Politik dann nicht dafür, dass wenigstens ein Teil dieser Ressourcen für eine Vermeidung sozialer Risiken wie drohender Altersarmut und für die demokratische Bewältigung der großen Herausforderungen zur Verfügung steht? Weshalb riskiert sie, dass die Enttäuschung und Verbitterung über wachsende soziale Verwerfungen und diffuse Ängste, davon zukünftig ebenfalls betroffen zu sein, von neuen rechtspopulistischen und rechtsradikalen Rattenfängern ausgeschlachtet werden? Und was können die Gewerkschaften tun, um ihre Mitglieder und die anderen abhängig Beschäftigten, die sie noch für sich gewinnen wollen, gegen solche gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu mobilisieren und gegen die falschen Verlockungen von rechts immun zu machen?

Wer es mit dem Zusammenhang von Arbeit und Demokratie wirklich ernst meint, der muss öffentlich die Frage aufwerfen, ob unsere Gesellschaft nicht längst reich genug ist, um allen ihren Mitgliedern die materiellen Ressourcen und die Zeit zur aktiven Wahrnehmung demokratischer Rechte zur Verfügung stellen zu können. Wir sollten die Gewerkschaften daran erinnern, dass es in ihrer Geschichte wiederholt der Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit gewesen ist, der uns gesellschaftspolitisch in die Offensive gebracht hat – zuletzt um die Mitte der 1980er Jahre.

(12) Die Arbeitsbürger*innen sind zu Recht beunruhigt. Der Weg des ‚Weiter so‘ ist eine Sackgasse. Gerade auch in der Arbeitswelt wird sich das erweisen. Gegen alle Schwierigkeiten an müssen die Gewerkschaften sich deshalb selbst besser dazu befähigen, proaktiv zu denken und zu handeln.

In der gegenwärtigen Lage, in der sich Problemwolken infolge unbewältigter multipler Krisenprozesse immer höher auftürmen, wäre es ein erster Schritt, sehr deutlich auszusprechen, dass es eine immer weiter von politischer Einhegung entfesselte Marktökonomie ist, die die wachsenden Probleme heraufbeschwört. In ihrer Folge sehen sich unsere Gewerkschaften in der ihnen institutionell zugeschriebenen Sphäre von Arbeit und Wirtschaft zunehmend in die Defensive gedrängt – auch in einem Land wie Deutschland, dessen Wirtschaft immer noch klar

zu den Gewinnern der Entwicklungen seit der Weltfinanzkrise gehört, innerhalb der EU wie auch im globalen Wettbewerb.

Die Arbeitsbürger*innen unseres Landes spüren offenkundig deutlich, dass ihre Lage unsicherer geworden ist, dass die Probleme anwachsen, dass sie in der Sphäre der Wirtschaft immer härter darum kämpfen müssen, wenigstens ihren einmal errungenen Status einigermaßen zu behaupten – und dass sie dafür die Unterstützung ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften benötigen. Die aber sind vor allem dazu herausgefordert in solcher Lage die aktive Beteiligung derer zu mobilisieren, deren Interessen sie vertreten wollen – und zugleich weiter voraus zu denken, auch in alternativen Entwürfen. Nur so können sie besser und fundierter proaktiv handeln.

- Gegenüber der Politik gilt es, sehr viel nachdrücklicher als bisher zu fordern, Konzepte für eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung im Interesse Aller zu entwickeln, öffentlich zur Diskussion zu stellen und schließlich auch gegen die mächtigen Interessen der Wirtschaft durchzusetzen – in Deutschland, aber schon im nationalen Rahmen immer europäisch denkend, und innerhalb der EU.
- In den Sphären von Arbeit und Wirtschaft gilt es hierzulande für die Gewerkschaften, die aktive Beteiligung der Arbeitsbürger*innen wo immer möglich zu stärken. Die Behauptung und Durchsetzung der selbstverständlichen Ansprüche auf gute Arbeit ist dauerhaft nur auf diesem Wege möglich. Das erfordert angesichts der sich absehbar weiter auftürmenden Probleme die Stärkung kollektiv befestigter demokratischer Rechte auf wirkliche Mitentscheidung.
- Gewiss eröffnen unsere Tarifautonomie und unsere institutionalisierte Mitbestimmung weiterhin Handlungsmöglichkeiten. Sie sind als eine Form repräsentativer Interessenvertretung im internationalen Vergleich immer noch ein Vorteil. Und noch sind sie relativ gut befestigt.
- Aber wir sollten nicht vergessen, dass sie vor der Bundestagswahl 2005 sehr scharfen neoliberalen Angriffen ausgesetzt gewesen sind. Die Sicherung und Stärkung dieser Institutionen, mit den hierzulande fast als ‚klassisch‘ zu bezeichnenden institutionellen Strategien, bedarf deshalb, aber auch aufgrund der seitherigen dynamischen marktgetriebenen Veränderungen, der immer neuen Mobilisierung der Beschäftigten zur Einklagung und Durchsetzung von im Grunde genommen selbstverständlichen demokratischen Rechten.

4. Die gegenwärtige Lage nüchtern einschätzen und offen diskutieren

Ich habe zu Beginn gesagt, dass ich mich über die Einladung zu diesem Kongress sehr gefreut habe. Fast noch mehr habe ich mich darüber gefreut, dass im Geleitwort

und im Editorial von *Wirtschaft Demokratisch* die beunruhigende Lage, der wir uns heute gegenübersehen nicht beschönigt wird. *Respekt vor der Würde des Menschen, Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Teilhabe erodierte*, heißt es im Geleitwort von Michael Quante (2018). Und er schreibt auch, es liege auf der Hand, *dass gerade in den immer noch wohlhabenden westlichen Demokratien die Bereitschaft, an den bestehenden Fehlentwicklungen und Ungerechtigkeiten aller Art etwas zu ändern, nicht allzu ausgeprägt* sei. In genau diesem Spannungsverhältnis habe ich mich mit meinen Thesen bewegt, um es näher auszuleuchten.

Dabei sollten wir uns allerdings vergegenwärtigen, dass es nicht einfach kurzfristige Nutzenkalküle der Menschen sind, die das ‚Weiter-So‘ des herrschenden Politikbetriebs ermöglichen. Es war das erklärte gemeinsame Programm des Neoliberalismus, von dem der deutsche Ordoliberalismus schon immer eine Variante gewesen ist, die soziale Marktwirtschaft zu vollenden, *bis sie als Ordnungsbild in allen Köpfen lebt und als selbstverständlich empfunden wird*, so Otto Lautenbach, der Gründer der *Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft* in den 1950er Jahren.³

Dieses Ziel hat der heutige Neoliberalismus - bei schleichender Umdefinition der unter dem Druck der Globalisierung im neoliberalen Geist noch gebotenen ordnungspolitischen Rahmung des Marktes – höchst erfolgreich erreicht. Man muss von einem immer noch hegemonialen Denken sprechen, das es aufzubrechen gilt – oder auch mit Markus Pausch (2017) *Zwischen Alltagsdiiktatur und Globalisierung*, anknüpfend an Albert Camus von *Demokratie als Revolte*.⁴ Immerhin mag dieses Neoliberale Denken inzwischen erste Risse aufweisen.

Als Intellektueller – und ich spreche hier angelehnt an Michel Foucault vom *spezifischen* und nicht mehr wie Antonio Gramsci vom *organischen Intellektuellen*⁵ – muss man sich das klar machen. Man beobachtet den politischen Prozess der Gesellschaft und ist als Wissenschaftler, Philosoph oder freier Publizist zunächst

³ Ralf Ptak (2006) zeigt, dass der Ordoliberalismus als eine „vorwiegend aus den deutschen Bedingungen hervorgegangene Strömung“ der 1920er Jahre von einer Gruppe „früher deutscher Neoliberaler“ getragen wird (Eucken, Röpke, Rüstow, Müller-Armack), die nach 1945 – im Unterschied zu ihren „mehr am methodologischen Individualismus orientierten Mitstreitern im angelsächsischen Raum“ – die „Notwendigkeit einer sozialen Formierung zur Umrandung der Marktgesellschaft“ betonte (a. a. O. 271f). Für ihre Mitglieder ist zu Zeiten der Weimarer Republik eine konservativ-elitäre Ablehnung der ersten deutschen Demokratie, charakteristisch. Rüstow spricht z.B. 1929 von einem authentischen Bedürfnis der „Masse anständig geführt zu werden“ (a. a. O: 215).

⁴ Der Politikwissenschaftler Markus Pausch zielt mit seinem Buch, in dem er sehr dezidiert an das philosophische Denken des Linksnietzscheaners Albert Camus anknüpft, darauf ab, der politikwissenschaftlichen Debatte um die Krise der Demokratie einen neuen Impuls zu geben. Politisch hat etwa Zeitgleich auch Andrea Ypsilanti (2018, 208f) vorgeschlagen Camus ‚auf der Höhe der Zeit‘ neu zu interpretieren. Der setze auf eine emanzipatorische Sinnlichkeit und einen versöhnlichen Umgang mit der Natur, der sich nicht absolutistisch erhebt und den Weltgeist schon in der Tasche hat.

⁵ Zu Foucaults Begriff des spezifischen Intellektuellen siehe Foucault 1977.

einmal handlungsentlastet. Das heißt man ist in einer privilegierten Beobachterposition, zugleich aber auch spezifisch herausgefordert.

Man versucht aus seiner Position heraus, möglichst wohlfundierte Handlungsvorschläge zu machen. Vielleicht handelt man auch engagiert mit anderen Zusammen⁶. Aber man bewegt sich frei von den Zwängen, denen Berufspolitiker, Verbandsfunktionäre oder auch Manager unterliegen. Aus deren Sicht hat man dann ‚gut reden‘. Man kann mithin nur darum bemüht sein, die die praktisch politisch handeln oder handeln wollen, auf die Logiken zu verweisen, aus denen heraus sie handeln, auf die Konsequenzen, auf die das zuläuft und auf die Bedingungen, an die sie gebunden sind. Und in einem begrenzten Rahmen kann man dann als Intellektueller auch selbst engagiert handeln.

Von dieser Überlegung aus nochmals zurück zu der zitierten Passage aus dem, Geleitwort von Michael Quante: Noch immer vermittelt uns heute das vor allem medial erzeugte Bild der Wirklichkeit den Eindruck einer geradezu zeitlosen, immerwährenden Gegenwart. Und folgerichtig gilt für die Grundlinien des herrschenden Politikbetrieb die Maxime eines „Weiter-So“. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass Hoimar von Dithfurth 1987 in einer Wahlkampfreden für die Grünen, die damals in ökologischer Hinsicht noch radikaler auftraten als heute, gesagt hat, diese Aufforderung zum „Weiter-So“ sei der Aufruf zur kollektiven Lernverweigerung. Er hatte Recht. Und dass sich diese Haltung weiter hin fortsetzt, ist beunruhigend. Denn um uns herum häufen sich die Katastrophenmeldungen. Doch hier bei uns, im Herzen Europas, ist die Lage noch halbwegs stabil. Also, so der Tenor der Berichterstattung: es gilt das Erreichte zu bewahren. Also immer noch „Weiter so“? Ich denke, es ist eher so, dass wir mit dem Filmemacher Alexander Kluge von einem *Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit* sprechen müssen.⁷ Im Blick auf die krisenhafte ökologische Entwicklung ist das inzwischen unübersehbar – selbst für Donald Trump, der aber weiter die wissenschaftlich klar belegten menschengemachten Ursachen bestreitet. Aber das gilt auch für die Herausforderung, unser Zusammenleben sozial nachhaltig zu gestalten. Wir zehren unsere sozialen Ressourcen auf. So wie die gesellschaftliche Arbeit heute organisiert wird, steht am Ende der erschöpfte Mensch, nimmt die Zahl psycho-sozialer Erkrankungen dramatisch zu, bedrohen Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Existenz viel zu vieler. Und solche Drohungen nehmen zu.

⁶ Solches Zusammenhandeln verweist auf Hannah Arendts Politikbegriff (Arendt 1993). Wenn es aber um Arbeitspolitik innerhalb der Sphäre der Wirtschaft selbst gehen soll, muss man mit ihr und zugleich gegen sie weiterdenken.

⁷ *Die Gegenwart bläst sich auf. Ohne die Vorgeschichte, die Zukunft und vor allem den Möglichkeitssinn gibt es aber keine Realität*, so heißt es unter anderem in den Ausführungen der edition filmmuseum zu diesem Film aus den 1980er Jahren. Dessen ursprünglicher Titel lautet: *die Unheimlichkeit der Zeit*.

Wir leben mithin in einer beunruhigenden und unheimlichen Zeit (Martens 2018). Wir müssen also über Herausforderungen nachdenken, mit denen uns eine selbstgemachte geschichtliche Entwicklung konfrontiert. Die ist zur Zukunft hin offen, aber wir müssen sie als auf uns in unserer Gegenwart gerichtet begreifen. Wenn wir dafür keinen klaren Blick haben, dann bemerken wir am Ende gar nicht mehr, dass uns *das Gespenst des Kapitals* immer schon aus der Zukunft entgegen kommt. Und zwar deshalb, weil wir uns in schlechtem Pragmatismus von den Zwängen einer nicht zureichend reflektierten Gegenwart weitertreiben lassen. Joseph Vogl hat das in seiner, Analyse der Weltfinanzkrise von 2008 so formuliert höchst zutreffend und pointiert – und die ist sogar im Feuilleton der FAZ in höchsten Tönen gelobt worden. Meine Thesen verstehe ich also als einen bescheidenen Beitrag und Impuls zu solchem unerlässlichen Nachdenken.

Literatur:

- Apt, W.; Bovenschulte, M.; Hartmann, E.; Wischmann, S. (2015): Roadmaps ins Jahr 2030, in: BMAS (2016) (Hg.): Arbeiten 4.0, Werkheft 01, Digitalisierung in der Arbeitswelt, Berlin, S. 28-33
- Arendt, H. (1993): Was ist Politik? München Zürich
- BMAS (2016) (Hg.): Arbeiten 4.0, Werkheft 01, Digitalisierung in der Arbeitswelt, Berlin
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen3/1986, S. 264-278
- Buntenbach, A.; Bsirske, F.; Keller, A.; Lemb, W.; Schäfers, D.; Urban, H. J. (2014): Ist Europa noch zu retten? Analysen und Forderungen für eine offensive Europapolitik, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Deckstein, D.; Felixberger, P. (2000): Arbeit neu denken. Wie wir die Chancen der New Economy nutzen können, Frankfurt a. M./New York
- Demirovic, A. (2018) (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster
- DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin
- Dörre, K. (2002): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus, Wiesbaden
- Foucault, M. (1977): Wahrheit und Macht. Interview von Alessandro Fontane und Pasquale Pasquino, in: Foucault, M. (1977): Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin
- Frwerichs, J.; Martens, H. (1999): Projektmanagement in der Betriebspolitik, in ARBEIT 4/1999, S. 389-405
- Georg, A.; Peter, G. (unter Mitarbeit von U. Dechmann, O. Katenkamp, C. Meyn und A. Peter) (2016): SelbstWertGefühl. Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen. Hamburg
- Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J. Scholz, D. Wolf, F. O. (2006): Spandauer Thesen. Für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit, in: dies. (Hg.): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin,. 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Katenkamp, O.; Dechmann, U. Guhlemann, K.; Martens, H.; Maylandt, J.; Meyn, C.; Peter, G. mit einem Gastbeitrag von W. Kothe (2018): Betriebsratshandeln zwischen

- Prävention und Innovation – die Bedeutung der §§ 90/91 BetrVG für die Gestaltung von Restrukturierungsprozessen, Düsseldorf
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a.M./New York
- Lehndorff, S. (2012): Besser statt billiger. Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn, in: Fricke, W.; Wagner, H. (2012) (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Martens, H. (2005): Nach dem Ende des Hype. Interessenvertretungsarbeit und Arbeitspolitik in der informational Ökonomie, Münster
- (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie. Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise, in: Das Argument, H. 291, 2/2011, S. 211-221
 - (2015): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: Sozialismus 2/2015, S. 44-48
 - (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
 - (2018a): Neue Arbeit – Neue Wirtschaftsdemokratie. Gegen die ‚marktkonforme Demokratie‘ für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft, in: Demirovic, A. (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster, S. 85-104
 - (2018b): Solidarität und Zusammenarbeit gegen das neoliberale Rollback. Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung, (Veröffentlichung in Vorbereitung), Erstfassung auf www.drhelmutmartens.de
 - (2019) Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW) 1/2019 (im Erscheinen)
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York,
- Martens, H.; Scholz, D. (2011): Wirtschaftsdemokratie neu denken, www.FNPA.de
- Menz, W.; Nies, S. (2018): Was wollen Arbeitnehmer*innen? – Ansprüche von Beschäftigten aus soziologischer Perspektive, in: spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 227, Ausgabe 4/2018, S. 37-44
- Merkel, A. (2011): Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal Pedro Passos Coelho, Berlin 01.09. 2011
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Pausch, M. (2017): Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Positionspapier SP Schweiz (2016): Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen, https://www.sp-ps.ch/sites/.../positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf
- Ptak, R. (2006): Der ‚Epochenbruch‘ im Rahmen des neoliberalen Projekts, in: Scholz, D. u.a. (Hg.) a. a. O., S.210-227.
- Quante, M. (2018): Geleitwort, in: Bergmann, G-; Daub, J.; Özdemir, F. (Hg.): Wirtschaft demokratisch. Teilhabe, Mitwirkung, Verantwortung. Göttingen
- Safranski, R. (2015): Zeit. Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen, München
- Sattelberger, T. (2015): Abhängiger oder souveräner Unternehmensbürger – der Mensch in der Aera der Digitalisierung, in Sattelberger, T.; Welpel, I.; Boes, A. (Hg.): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, Freiburg-München, S.33-53
- Schirmmayer, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München

- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Scholz, D.; Wolf, F. O. (Hg.): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Sennett, R (2014) Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Schwemmler, M. (2018): Alles unter Kontrolle? Digitalisierung der Arbeit als Machtverschiebung, in: Sozialismus Nr. 7/8 2018, S. 52-57
- Sennett, R. (2014): Zusammenarbeit-. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wetzlar, M. (Hg.) (2015): Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.
- Ypsilanti, A. (2018): Und dann regieren wir uns selbst, Berlin
- Zinn, K. G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg
- Zwicky, P.; Wermuth, F. (2018): Die „wirtschaftsdemokratische Offensive“ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz – eine Praxisnotiz, in: Berliner Journal für Soziologie (2018) 28, S. 263-273